Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer schöttheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 358. Freitag den 27. Dezember 1850.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Kassel, 26. Dezbr. Unsere Kurfürst-Husaren, die Artillerie und die Garde sind hier eingerückt. Letztere wurde von den Einwohnern mit Hurrah empfangen.

Morgen wird der Kurfürst erwartet.

Die Regierung verzichtet darauf, sich von jedem Beamten die Anerkennung der Verordnung vom 28. Sept. sichern zu lassen.

Viele Ministerial-Beamte sind hierher zurückgekehrt.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 34.

Kassel, 23. Dezember, Mittags 1 Uhr. Im Namen des Bundes hat Graf Leiningen eine Proklamation erlassen, mit Festsetzungen der früheren Verkündigungen Haynaus. Baiern und Preußen zogen gleichzeitig auf den Friedrichsplatz; preußische Soldaten hielten die Hauptwache inne. Gerüchte von Differenzen zwischen Leiningen und Peucker, und von stattgehabten Militär-Schlägereien durchlaufen die Stadt. Die Unterwerfung der Behörden soll noch nicht entschieden sein.

Kassel, 23. Dezember, Abends 9 Uhr. Die Baiern haben Kassel geräumt.

Paris, 23. Dezember, Abends 8 Uhr. In den Bureaux der Legislativen wurde die Forderung Baroches, auf Absetzung des Polizei-Kommissairs Yon berathen.

Der heutige Renten-Zuschlag ist verschoben worden. Blos das Diskonto-Comptoir hat für 5% 92, 45, für 3% 54, 60 geboten. Rothschild war wegen des Begräbnisses seines Enkels abwesend. Das von der Regierung für das Gebot gestellte Minimum war für 5% 93, 50, für 3% 56, 25. Die Börse war deshalb unangenehm berührt.

In der Legislativen wurde die Interpellation an den Kriegsminister aufs Neue zu Morgen verschoben. Die Hypothekendebatte wurde fortgesetzt. (S. Paris.)

Paris, 23. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 20. 5% 94, 80.

Rom, 16. Dezember. Gestern ward eine Hauptrevue über die hier garnisonirenden französischen Truppen gehalten.

Ferrara, 18. Dezember. Ein Komitee hat sich zum Behufe der Erbauung einer vom Po über Bologna bis Ancona zu führenden Eisenbahn konstituirt.

Triest, 23. Dezember. London 12, 40; Silberagio 32.

Preußen.

Berlin, 24. Dezbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem herzoglich sachsen-meiningenschen geheimen Regierungsrath und fürstlich Thurn und Taxis'schen Ober-Post-Kommissar für die thüringenschen Staaten, Döbener in Eisenach, den rothen Adlerorden dritter Klasse, sowie dem Gutsbesitzer Friedrich v. Flotow auf Wutzig, den St. Johanniter-Orden zu verleihen.

Berlin, 24. Dez. [Tagesbericht.] Wie wir hören sind die sichersten Anzeichen da, daß schon zu Anfang sich auf den Dresdener Konferenzen die Handels- und Zollverhältnisse in den Vordergrund schieben werden. Es ist schon früher davon die Rede gewesen, wie Hannover, Oldenburg, die Hansestaaten Verabredungen über eine gemeinsam zu verfolgende Handelspolitik getroffen haben. — Ein hiesiges Morgenblatt hat die Notiz, daß Herr v. Ladenberg in Folge seiner Ernennung zum Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungs-Kammer ein Gehalt von 4500 Rtl. beziehe. Die Nachricht ist nicht ganz richtig, da die früher allerdings auf 6000 Rtl. etatisirt gewesene Besoldung durch Beschluß der zweiten Kammer vom 21. Januar d. J. bis auf den Betrag des für die Ministerialdirektoren ausgesetzten Gehaltes ermäßigt und dieser Beschluß bei der Aufstellung des neuen Etats von der Regierung auch berücksichtigt worden ist. — Der Kours der Goldmünzen ist in den letzten Tagen noch mehr zurückgegangen, fremde Goldstücke werden (107⅜ %) kaum mehr zu 5 Rtl. 12 Sgr. begeben. Es sind von namhaften Geschäftsmännern in den letzten Tagen bedeutende Spekulationen mit fremdem Golde unternommen worden. (C. Z.)

Der Minister des Innern, Herr v. Westphalen, befindet sich seit 2 Tagen entschieden in der Besserung. Er brachte gestern bereits einige Stunden außer dem Bette zu. — Der General v. Thümen, der sich behufs der für seine Sendung nach Holstein zu empfangenden Instruktionen hier aufhält, wird erst abreisen, wenn der österreichische Kommissar für Holstein ernannt sein wird, was bisher noch nicht der Fall ist. (N. P. Z.)

In der Begleitung des Herrn v. Manteuffel befindet sich auch Herr Assessor Rudloff, der in Dresden eine Wohnung beim Herrn Minister-Präsidenten angewiesen erhalten hat.

Am 22. d. M. kamen hier 293 Personen an und reisten 281 ab. Angekommen: der französische Kabinets-Kourier Lippmann von Paris. Abgereist: der kgl. Legations-Attaché und Kabinets-Kourier von Grabow nach Potsdam, der schleswig-holsteinische Generalmajor von Gerhard nach Hamburg. (C. C.)

[Ueber die neuesten Vorgänge im Fürstenkollegium] macht die Neue Bremer Zeitung nachfolgende Mittheilung: „Die Olmützer Punktation nebst der sie begleitenden Denkschrift war dem Kollegium kaum mitgetheilt, als sich der Bevollmächtigte der thüringischen und anhaltischen Staaten, Staatsrath Seebeck, erhob, und die Frage an den preußischen Vorsitzenden richtete, ob die Basen, worauf sich die preußische Regierung mit ihren Verbündeten als ein kompakter Staatenkomplex bei den freien Konferenzen zu stellen gedenke, nicht vorher und in genügender Weise den Verbündeten bekannt gemacht würden? Der preußische Bevollmächtigte bejahte die Frage. Allein in der folgenden Sitzung vom 11. d. M. erfolgte die bezügliche Mittheilung nicht, ja Herr von Bülow, welcher gegenwärtig Preußen in dem Kollegium vertritt, bemerkte sogar, als die Frage von dem großherzoglich-badischen Bevollmächtigten ausdrücklich wiederholt wurde, daß er zwar glaube, eine Mittheilung der gedachten Art werde rechtzeitig erfolgen, jedoch zu einer offiziellen Beantwortung der gestellten Frage nicht ermächtigt sei. Man kann sich leicht vorstellen, welchen Eindruck dies auf die übrigen Mitglieder des Fürsten-Kollegiums machte. Ohnehin war deren Stimmung, wie leicht zu begreifen, eine ziemlich gereizte. Auf die Anzeige Preußens von der Ernennung des Generals v. Peucker zum preußischen Kommissär in Kurhessen behufs Ausführung der Olmützer Punktation erklärten die übrigen Bevollmächtigten, keine Instruktionen über diesen Punkt zu besitzen und sich daher nicht weiter äußern zu können; Herr Vollpracht aber, der Gesandte Nassaus, sprach die Ansicht seiner Regierung sofort dahin aus, daß dieselbe auf keine Weise auch nur den entferntesten Antheil an den Maßregeln nehmen werde, deren Ausführung die Olmützer Punktation an Oesterreich und Preußen übertragen habe! Theilnahmlos, fast mit Bitterkeit ward es ferner aufgenommen, als Hr. v. Bülow der weitern Anzeige über die Ernennung des Grafen von Alvensleben zum Vertreter Preußens bei den Dresdener Konferenzen die Bemerkung hinzufügte, Preußen erkenne das Verfassungsbedürfniß für einen engern Kreis der deutschen Staaten fortwährend an und sei entschlossen, dieses Bedürfniß „im rechten Augenblicke" zu befriedigen. Stumme Blicke begegneten einander bei dieser Aeußerung und schienen sich zu fragen, ob und wann jemals dieser Augenblick für Preußen kommen werde. Den höchsten Grad erreichte aber die Gereiztheit, als Hr. v. Porbeck, der Bevollmächtigte Badens die Ansicht aussprach, nach Aufgeben der Unionsverfassung habe auch die Thätigkeit des Fürstenkollegiums eigentlich ihr Ende erreicht und eigentliche Sitzungen desselben könnten nicht weiter stattfinden. Dieser Ansicht ward von allen Uebrigen auf das Entschiedenste widersprochen; so lange es Staaten gäbe, die in dem Bündnisse vom 26sten Mai 1849 verharren, könne die Fortdauer des Fürstenkollegiums in seiner auf das Bündniß gerichteten Thätigkeit für diese Staaten nicht in Frage kommen, wobei es sich indeß von selbst verstehe, daß es den Staaten, die ihr Verhältniß zu dem Bündniß jetzt als aufgelöst ansähen, freigestellt bleibe, sich dieser Thätigkeit zu begeben. **Die Existenz des Fürsten-Kollegiums beruhe nicht auf der Verfassung, sondern auf den Beschlüssen des Fürsten-Kongresses vom Mai d. J., und werde daher durch die Wechselfälle der Verfassung nicht berührt, geschweige aufgehoben.** Der Widerspruch, welchem übrigens auch Herr v. Bülow sich anschloß, war so heftig, daß Herr v. Porbeck einlenken und seine Aeußerung dahin erläutern mußte, er habe nur die Frage über die Fortdauer des Fürstenkollegiums vertraulich anregen, aber nicht entscheidend beantworten wollen."

Inowraclaw, 22. Dezbr. [Die Tscherkessen.] Vor einiger Zeit berichtete ich von einem dem hiesigen Kreisgerichte angeblich zugegangenen Schriftstücke, nach welchem die hier inhaftirten Tscherkessen russischer Seits begnadigt wären, bemerkte aber auch zugleich, selbst an der Wahrheit der allgemein verbreiteten Nachricht zweifelnd, daß jenes nicht russisch klingende Schreiben von Vielen als Lockspeise angesehen werde. Wie ich nun aus sicherer Quelle weiß, ist jenes Gerücht durch eine Person von außerhalb hier verbreitet, dagegen aber in diesen Tagen durch die königl. Regierung zu Bromberg dem hiesigen Kreisgerichte wirklich ein Schreiben, aber in ächt russischem Sinne zugeschickt worden, dem zufolge Rußland vorläufig die Auslieferung der Pferde, Waffen ꝛc. verlangt. Daraus läßt sich wohl schliessen, daß Rußland auch bald die Personen zurückfordern und sich keineswegs mit deren Sachen begnügen wird. Die Tscherkessen versichern indeß, es sei Alles, was sie mit sich über die Grenze gebracht, ihr Eigenthum, an das Rußland keinen rechtlichen Anspruch habe. Möglich, daß aus diesem Grunde und weil man die Sachen als theilweisen Schadenersatz ansehen mag, die Auslieferung derselben nicht erfolgt. Schon vor mehreren Tagen erfuhr ich, daß aus Warschau 4 Dollmetscher verschrieben wären und wenngleich diese Nachricht wahr ist, so heißt es doch, daß die Tscherkessen in der nächsten Schwurgerichts-Periode noch nicht in Bromberg erscheinen werden, obgleich man dies hier schon mit Gewißheit behauptete. Uebrigens sind diese Leutchen hier immer noch sehr gern gesehen und ziehen, wo sie sich blicken lassen, viel Publikum an sich; sie werden auch, was man besonders seit kurzer Zeit wahrzunehmen Gelegenheit hat, von Seiten der Behörde höchst liebevoll behandelt. Auf ihren Wunsch fuhren neulich die beiden vornehmsten von ihnen in Begleitung eines Beamten spazieren und besuchten am vorigen Sonntage, ihrem wiederholentlich geäußerten Wunsche gemäß, die evangelische Kirche, wo sie während des ganzen Gottesdienstes verweilten. Sie wollen weder nach ihrer Heimat, noch nach Rußland zurück, weil sie, mit solcher Schande bedeckt, wie es hier durch ihre Entwaffnung geschehen, eben so wenig den strafenden Blick ihrer Glaubensgenossen, als den ihres Kaisers und ihrer russischen Waffenbrüder zu ertragen vermöchten, wenn sie vor diesen als Deserteure erscheinen sollten. (Posener Ztg.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 23. Dezbr. Heute, Nachmittag 2 Uhr, wurden im Brühlschen Palais die freien Konferenzen eröffnet.

Erschienen waren von

Oesterreich: Ministerpräsident Fürst v. Schwarzenberg,
Preußen: Ministerpräsident Bar. v. Manteuffel und Staatsminister a. D. Graf Alvensleben.
Baiern: Ministerpräsident v. d. Pfordten und geh. Legationsrath Frhr. Aretin.
Hannover: Ministerpräsident v. Münchhausen und geheimer Kabinetsrath v. Scheele.
Sachsen: Minister v. Beust.
Würtemberg: geh. Legationsrath Frhr. v. Neurath.
Großherzogthum Hessen: Minister Frhr. v. Dalwigk und Staatsrath v. Hallwachs.
Braunschweig: Minister Frhr. v. Schleinitz und geheimer Legationsrath Dr. Liebe.
Sachsen-Koburg-Gotha: Minister v. Seebach.
Sachsen-Weimar: Minister v. Watzdorff und geheimer Staatsrath Frhr. v. Fritzsch.
Sachsen-Meiningen: Minister v. Wechmar.
Sachsen-Altenburg: Minister Graf v. Beust.
Mecklenburg-Strelitz: Minister v. Oertzen.
Anhalt-Dessau: Minister v. Ploetz.
Anhalt-Bernburg: Kammerherr v. Krosigk.
Schwarzburg-Sondershausen: wirkl. geh. Rath Gay.
Schwarzburg-Rudolstadt: Minister v. Roeder.
Reuß ältere Linie: Kanzler Otto.
Reuß jüngere Linie: Minister Dr. v. Bretschneider.
Hamburg: Syndikus Banks.
Lübeck: Bürgermeister Dr. Brehmer.
Bremen: Bürgermeister Smidt.
Frankfurt: Schöffe Dr. Harnier.

Nachdem Fürst Schwarzenberg Sachsen für die Bereitwilligkeit, mit der Dresden für die freien Konferenzen zur Verfügung gestellt war, gedankt, der sächsische Minister v. Beust verbindlich geantwortet hatte, dankte Herr Ministerpräsident von Manteuffel für die Bereitwilligkeit, mit der der österreichischen und preußischen Einladung genügt worden war.

Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die Legitimationen der Bevollmächtigten zu prüfen und dann ungesäumt die Versammlung zu konstituiren.

Die sämmtlichen Herren wurden von Sr. Maj. dem Könige von Sachsen zur Tafel geladen.

Fürst Schwarzenberg und Minister v. Manteuffel haben die vom Könige v. Sachsen zur Verfügung gestellten Wohnungen im Prinzenpalais bezogen und gestern sowie heute längere Konferenzen gehabt.

Gleich nach seiner Ankunft hat unser Herr Ministerpräsident v. Manteuffel dem Könige von Sachsen, heute Morgen der Königin und heute Abend dem Prinzen Johann seinen Besuch gemacht. *)

Außer vorstehender offiziöser Meldung enthalten wir folgende Schreiben unserer Korrespondenten:

△ **Dresden**, 24. Dezember. Die Vorbereitungen für den Kongreß sind bei weitem nicht so gründlich, als von verschiedenen Seiten her behauptet wurde. Eine Einigung soll hier erst geschaffen und gefunden werden, was ohne Zweifel viel Zeit kosten wird. Sehen wir ab von den freundlichen Ceremonien beim Empfang, den Diners beim Könige von Sachsen, Prinzen Johann und Hrn. v. Beust, so bleibt als Rest ein ziemlich unklarer Zustand, dessen Ausgang noch nicht zu berechnen ist. Fürst Schwarzenberg vermied es bei der gestrigen Eröffnung der Konferenzen, gerade die Hauptfragen zu berühren: er schwieg über den Fortbestand, resp. die Aufhebung der alten Bundesverfassung, die Bildung der Exekutive und den Eintritt des gesammten Oesterreichs in den Bund; Herr v. Manteuffel sprach seinerseits mit wenigen Worten von der Nothwendigkeit, sich zu einigen. Wenn wir richtig sehen, so sind die Anschauungen der Vertreter der beiden Großmächte durch eine bedeutende Kluft getrennt und es wird Zeit und Mühe kosten, sie in den Hauptpunkten auszufüllen. Die Konferenzen werden muthmaßlich von langer Dauer sein; im Zusammenhange damit steht der Plan der preußischen Regierung, eine Vertagung der preuß. Kammern auf den Antrag eines ihrer Mitglieder durch Beschluß ihrer Mehrheit herbeizuführen. — Heute haben die Bevollmächtigten keine Sitzung; die Bildung der Abtheilungen und Komitee's wird vor sich gehen. — Hr. v. Hassenpflug scheint Wind davon bekommen zu haben, daß man einen Protest gegen seine Theilnahme an den Konferenzen vorbereitet; bis jetzt ist Kurhessen wenigstens unvertreten.

✉ **Dresden**, 23. Dezember Nachts. Zu spät Abends heute hier eingetroffen, um noch über den eigentlich politischen Theil der heutigen Eröffnungs-Sitzung der freien Konferenzen mich hinreichend zu orientiren, will ich doch noch jetzt während der Nacht Ihnen die verschiedenen äußeren Momente zusammentragen, die der verflossene Tag darbot. Die Eröffnung der Sitzung fand heute Mittags im Brühl'schen Palais statt. Die verschiedenen Bevollmächtigten waren in größter Galla erschienen. Für Oesterreich war in der Sitzung nur der Fürst Schwarzenberg anwesend, während für Preußen neben dem Minister v. Manteuffel bereits auch Graf Alvensleben seinen Platz einnahm. Es scheint hiernach fast, da Graf Buol und Baron Werner auch bereits im Gefolge des Fürsten Schwarzenberg hier anwesend sind, als ob dieser Letztere doch als eigentlicher österreichischer Bevollmächtigter selbst fungiren wolle ohne eventuellen Substituten. Kurhessen ist bis jetzt noch gar nicht vertreten, und man sagt auch, daß Herr Hassenpflug die Absicht aufgegeben habe, hier zu erscheinen, da man ihn im Voraus von der Absicht, gegen seine Theilnahme an den Verhandlungen zu protestiren, in Kenntniß gesetzt haben soll. Eben so fehlt noch der Graf Bülow als mecklenburg-schwerinscher Bevollmächtigter, der erst übermorgen hier eintreffen wird. Die Eröffnung selbst erfolgte durch eine Rede des Fürsten Schwarzenberg. Nach ihm sprach dann aber auch sofort der preußische Minister v. Manteuffel. Man erzählt, daß beide Reden wesentlich von einander abgewichen seien, denn während der Erstere nur von einer Revision der Bundesverfassung und einem Festhalten des Grundgedankens des Bundes sprach, gedachte der Letztere des Außerkraftretens der Bundesverfassung und wies auf die Nothwendigkeit von Neugestaltungen hin. Es scheint mir dies ein wichtiges präjudicirendes Moment zu sein.

Aeußerlich sollen sich die beiden Minister mit der herzlichsten Freundlichkeit begegnet sein, so daß sie sich bei der ersten Begrüßung umarmten und küßten. Beide wohnen im sogenannten Prinzessinnen-Palais, einem dem Prinzen Johann gehörigen Schlosse. Fürst Schwarzenberg war zuerst bei seiner Ankunft im Hôtel de Saxe abgestiegen, wurde aber durch einen Kammerherrn eingeladen, seine Wohnung in dem erwähnten Schlosse aufzuschlagen.

Graf Rechberg, der bisherige Bundes-Kommissarius in Kurhessen, befindet sich gleichfalls bereits hier, und hat, wie man sagt, den speziellen Auftrag, eine ausführliche Denkschrift über die kurhessischen Verhältnisse vorzulegen.

Heute Mittag traf ferner der Graf Reventlow-Farve hier ein. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein, von der Ueberzeugung ausgehend, daß für die nächste Zeit die hiesigen Konferenzen auch für sie die Entscheidung bringen werden, hat ihn hergesendet, um nach Möglichkeit ihre Interessen wahrzunehmen. Man versichert auch, daß man sich durch das Erscheinen des Grafen Reventlow hier einigermaßen in Verlegenheit versetzt fühle.

Als einen Umstand, der nur der Vermuthung Raum zu geben scheint, daß zwischen Sachsen und Hannover Verhandlungen über ein völlig gemeinsames Auftreten auch jetzt noch im Gange sind, will ich anführen, daß der hannoversche Minister v. Münchhausen gestern unmittelbar nach seiner Ankunft und auch noch diesen Morgen beim Könige von Sachsen eine lange Audienz hatte.

Heute fand ein Galla-Diner beim König von Sachsen statt, zu dem jedoch nicht sämmtliche Bevollmächtigte eingeladen gewesen sein sollen. Morgen ist großes Fest beim Prinzen Johann, übermorgen bei Herrn v. Beust. An der alle derartigen Konferenzen begleitenden Pracht solenner Feste wird es allem Anscheine nach also auch hier nicht fehlen.

Daß auch der österreichische Gesandte aus Berlin, Herr von Prokesch, hier sei, wird mir noch eben nachträglich berichtet.

✉ **Dresden**, 25. Dezember. Die Rede, welche der Fürst Schwarzenberg bei der Eröffnung der Sitzungen hielt, war sehr ausführlich und lang, ließ aber doch einen bestimmten Schluß auf die eigentlichen Ansichten und Pläne Oesterreichs nicht ziehen, da sie gerade in den Hauptpunkten ziemlich unbestimmt gehalten war. Die Rede währte fast eine halbe Stunde. Ganz kurz war dagegen die Rede Manteuffels; sie bestand gewissermaßen nur in einer kurzen Ansprache an die Bevollmächtigten, in welcher die Nothwendigkeit einer Verständigung scharf hervorgehoben wurde. Worin der prinzipielle Unterschied beider Reden bestand, deutete ich bereits gestern an; ich kann dasselbe heute nur wiederholen. Ich muß aber auch noch hervorheben, daß im Allgemeinen die Uebereinstimmung und das Entgegenkommen der Ansichten keineswegs so groß ist, wie man erwartet zu haben scheint. Man will hier zum definitiven Abschlusse kommen, dies scheint gewiß, aber es wird dies noch schwierige und lange Kämpfe kosten. Die allgemeine Ansicht hier ist es deshalb auch, daß die Konferenzen von sehr langer Dauer sein werden, trotzdem die Premier-Minister der beiden deutschen Großmächte bereits sehr bald wieder abreisen werden. Herr v. Manteuffel hat seine Abreise vorläufig auf den 28. angesetzt, Fürst Schwarzenberg auf den 29. Zur Erklärung des gestern von mir hervorgehobenen Umstandes, daß der Letztere allein als österreichischer Bevollmächtigter in der Sitzung erschienen war, wird mir heute versicheri, daß Graf Buol-Schauenstein noch gar nicht hier eingetroffen sei, sondern erst übermorgen den 27. hier ankommen werde, wo alsdann auch sofort sein Eintritt in die Berathungen bevorstehe. Gestern fand keine Sitzung statt, die nächste ist vielmehr erst auf den 27. Mittags 12 Uhr anberaumt worden. Dagegen waren gestern mehrfach vertrauliche Besprechungen, wie namentlich Fürst Schwarzenberg und Herr v. Manteuffel fast eine Stunde mit einander konferirten. Zwei Kommissionen sind zunächst von Seiten des Plenums niedergesetzt worden, die erstere aus 4 Personen bestehend für die Prüfung der Vollmachten, die zweite aus 3 Personen für die Abfassung und Kontrole des Protokolls. Außerdem stellte sich bei den privativen Besprechungen der Bevollmächtigten bereits heraus, daß es wünschenswerth sei, sich in verschiedene Sektionen, je nach den verschiedenen Fächern zu scheiden, ein Vorschlag, dessen Annahme schon jetzt gewiß scheint.

Herr Hassenpflug kommt für Kurhessen nicht, wie ich gestern bereits vermuthungsweise aussprach, sondern statt seiner tritt Herr v. Baumbach ein. Ein Hauptmotiv hierfür liegt, dem Vernehmen nach auch darin, daß die hiesige Polizei-Behörde dem Herrn v. Beust, hiesigem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, anzeigte, wie sie für den Fall der Hierherkunft des Herrn Hassenpflug nicht dafür einstehen könne, daß derselbe hier nicht Insulten Seitens des Volks ausgesetzt sein werde. Für Herrn v. d. Pfordten tritt ferner als baierscher Bevollmächtigter Graf Armansperg ein. Der von Seiten Dänemarks für Holstein zum Bevollmächtigten ernannte Herr v. Pechlin ist noch nicht hier eingetroffen; seinem Eintritt werden übrigens selbst preußischer Seits keinerlei Schwierigkeiten in den Weg entgegengestellt werden.

Auch über die Stellung der verschiedenen Staaten zu einander lassen sich jetzt schon einzelne genauere Schlüsse ziehen. In dem Punkte scheint eine vollständige Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich zu herrschen, daß an der Exekutiv-Gewalt nur sie beide mit Ausschluß Baierns participiren dürfen, Baiern tritt aber in offenbarer und entschiedener Weise entgegen und bringt auf eine Trias, und Würtemberg unterstützt diesen Plan nach Kräften, indem es sich selbst zu Gunsten Baierns völlig unterordnet. Einen ganz gesonderten Weg gehen Hannover und Sachsen, die entweder den einfachen Dualismus wollen oder auch für sich gleich Baiern ein Theilchen beanspruchen. Ziemlich ausgeglichen scheinen aber jedenfalls die Differenzen dieser letzten beiden Staaten mit Preußen, indem sie eine freundlichere Annäherung zeigen, als selbst preußischerseits scheint erwartet worden zu sein. Es dürfte sich leicht statt dessen ein Widerstreit der süddeutschen Interessen, vertreten durch Oesterreich, Baiern und Würtemberg in Gemeinsamkeit, gegenüber den norddeutschen herausstellen, welche letztere dann in Preußen, Sachsen und Hannover ihre Vertreter finden würden. In Bezug auf die kleineren Staaten muß ich vor Allem hervorheben, daß die bisherigen sogenannten Unionsstaaten auch die letzte Spur eines derartigen Verhältnisses Preußen gegenüber scheinen abschütteln zu wollen, daß selbst von einem Schutz- und Trutzbündnisse, wie es in den preuß. Vorschlägen vom 8. Okt. noch war festgehalten wor-

*) Obigen Artikel entlehnen wir der D. Ref. — Nach der Art der Abfassung ist derselbe wohl als ein halboffizieller zu betrachten; dennoch weicht er in einem sehr wesentlichen Punkte (!), nämlich in Bezug auf die Einladung zur k. Tafel, von dem Berichte des offiziellen Dresdener Journals ab. In diesem Blatte sind nachfolgende Notizen enthalten: „Sämmtliche Herren Bevollmächtigte erschienen in Gala. Im Vorhause des Brühlschen Palais waren zwei Züge Infanterie aufgestellt, welche die Honneurs machten. Vor dem Palais ist seiner ganzen Länge nach die Augustusstraße mit einer so hohen Lage Sand beschüttet worden, daß alles Fuhrwerk geräuschlos dort passirt. Wie wir vernehmen, findet bei Hofe heute große Tafel statt, zu welcher ein großer Theil der anwesenden Herren Bevollmächtigten gelagen ist. — Im Laufe des gestrigen Tages sind hier noch angekommen: der königl. sächsische Gesandte am Wiener Hofe, v. Könneritz; der k. k. wirkl. geh. Rath Graf v. Rechberg aus Frankfurt und der k. k. Gesandte am Berliner Hofe, Ritter Prokesch v. Osten."

den, nicht mehr die Rede ist, wie denn z. B. selbst Dessau bestimmte Erklärungen in diesem Sinne abgegeben hat. Trotzdem aber die hiesigen Konferenzen diese organische Verbindung der erwähnten Staaten mit Preußen offenbar zum offenen Bruche theils bereits geführt haben, theils noch führen werden, so daß die Gesammtheit der Staaten eben nur in das Verhältniß völlig gesonderter frei neben einander stehender Staaten zurücktritt, so haben doch, durch die Gemeinsamkeit der Interessen geleitet, eben diese Staaten ein völlig gemeinsames Wirken mit Preußen zugesagt, und haben sich zunächst, wie ich dies bereits früher einmal ganz richtig darlegte, dahin erklärt, daß sie zwar einer dualistischen Gestaltung der deutschen Verhältnisse sich fügen, sonst aber eben so entschieden gegen eine Trias, wie gegen eine Pentarchie stimmen und protestiren würden. Gerade je mehr aber die Mittel, die Baiern anzuwenden gedenkt, um zu seinem Zwecke zu gelangen, noch völlig unbekannt sind, und je mehr doch gerade hierin einer der Hauptpunkte der Konferenzen liegt, um so mannigfacher und bunter spielen die Intriguen durcheinander, um die Vertreter der einzelnen kleinen Staaten nach dieser oder jener Seite hin umzustimmen. Preußischer Seits aber wird der Ausschluß Baierns von der Exekutivgewalt jedenfalls zu einer Kardinalfrage gemacht werden, und das vom spezifisch-preuß. Standpunkte aus auch wohl mit Recht, da andernfalls Preußen stets in der Minorität sein und bleiben würde. Es ist diese preuß. Absicht bereits bestimmt ausgesprochen worden.

Dresden, 24. Dez. Bei den hier garnisonirenden Truppen haben gestern die Beurlaubungen begonnen. Dieselben erstrecken sich vor der Hand auf die Infanterie, bei welcher, wie wir vernehmen, der Stand der gegenwärtig 1000 Mann starken Bataillone auf 300 Köpfe reducirt werden soll, so daß inclusive der Offiziere und Unteroffiziere die Kompagnie von 250 auf 75 Mann gebracht wird. Bei der Reiterei und Artillerie werden nach Beendigung der am 27. d. M. beginnenden Versteigerung abzuschaffender Pferde, in ähnlichem Maßstabe die Beurlaubungen eintreten. Diejenigen Abtheilungen der hier konzentrirt gewesenen Truppen, welche in ihre früheren Garnisonen rückkehren sollen, werden heut und morgen abziehen und bis zum 27. d. M. sämmtlich in den ihnen angewiesenen Orten eingetroffen sein, wo alsdann ebenfalls sofort die Beurlaubungen einzutreten haben. Bis zum 31. Dezember dürfte somit die Demobilisirung der Armee als vollendet angesehen werden können. (D. A. Z.)

** **Kassel,** 22. Dezember. [Tagesbericht.] Seit gestern Abend haben sich unsere Angelegenheiten wieder anders gestaltet. General v. Peucker hatte gestern Mittag auf dieselbe Weise mit der Bürgergarde sich in Unterhandlung gesetzt, als er dieselbe mit dem Ober-Appell.-Ger. geleitet und zum Ziele gebracht hatte. Derselbe verlangte, die Bürgergarde solle sich selbst entwaffnen, d. h. die Waffen freiwillig abliefern, um auch hierdurch keine Veranlassung zur Exekution zu geben. Das Offizierkorps derselben hat ihm auf die Zumuthung unumwunden erklärt, daß die Bürgergarde seit zwanzig Jahren die Waffen mit Ehren getragen, die Stütze des Thrones und der gesetzlichen Ordnung gewesen und unter den stürmischsten Zeitverhältnissen ihren Beruf treu erfüllt habe und sich nicht selbst entwaffnen werde. Sie erwarte den Ausspruch der Auflösung und müsse freilich alsdann der überwiegenden Gewalt weichen. Während diese Verhandlungen noch im Gange waren, ward eine landesherrliche Verordnung ausgegeben, worin den geliebten Unterthanen verkündet wird, daß Graf Leiningen vom „Bundestage" zum Civilkommissar in Kurhessen ernannt worden sei. Von ꝛc. Peucker ist nicht die Rede und als sei in den jüngsten Tagen nicht das Geringste vorgefallen, hat ꝛc. Leiningen gestern Abend durch die Bezirksdirektion eine Aufforderung an sämmtliche Behörden und selbstständige Staatsdiener erlassen, wonach sie bis heute Mittag 12 Uhr ihm in den Gasthof zum römischen Kaiser, bei Androhung der Exekution, einen schriftlichen Revers einzureichen haben, daß sie, ohne Vorbehalt, die Verordnung vom 4. Septbr. d. J. anerkennen und befolgen wollen. Sämmtliche Kollegien traten heute Morgen in Berathung. Um halb 11 Uhr rückten drei Bataillone Infanterie, ein Cheveauxleger-Regiment und eine Batterie Artillerie Baiern, sowie ein österreichisches Jägerbataillon unter Anführung der Generale von Thurn und Taxis und v. Halleben hier ein und stellten sich auf dem Friedrichsplatze in Schlachtordnung auf. Graf Leiningen ertheilte den Befehl, daß bis um 12 Uhr die Bürgergarde und Schutzwache die Gewehre ins Zeughaus abliefern solle. Dieser Befehl mußte durch die Unteroffiziere der Mannschaft bekannt gemacht und daß dies geschehen, von Jedem unterzeichnet werden. Die Wirkung dieser Anordnung sah man bald daran, daß man viele Gewehre in der Richtung nach dem Zeughause tragen sah.

Die Sitzung des Stadtrathes war gegen 11 Uhr bereits geschlossen. Er hat einstimmig den Beschluß gefaßt, die September-Verordnungen nicht anzuerkennen. Es handelt sich nämlich jetzt nicht mehr allein um die Verordnung vom 4. Septbr. (die Erhebung der Steuern), sondern man verlangt die Anerkennung sämmtlicher Verordnungen. — Das Ober-App.-Gericht erklärt: das habe es nicht gemeint, es beharre bei seinem Beschluß vom 19. d. M., weiter sei ihm auch nichts abverlangt; so stehen die Angelegenheiten noch um 5 Uhr mit dieser Behörde. Dagegen haben die Mitglieder des Obergerichts, des Konsistoriums und des Obermedizinal-Kollegiums, letzteres mit Ausnahme der Herren Häräus und Waldmann, den Abschied verlangt. — Die gesammte eingerückte Mannschaft wird so eben einquartiert. In welchem § der Olmützer Konvention steht das Alles? — Die Redakteure der Zeitungen „Hornisse" und „Neue hessische Ztg." sind abgereist. Zeitungen sind nicht erschienen.

[Abends.] Als heute die Oesterreicher und Baiern auf dem Friedrichsplatze aufgestellt waren, zog um zwölf Uhr die preußische Wache mit klingendem Spiele den Fahrweg am Friedrichsplatze hin nach der Hauptwache am Authore. Als dieselbe vorüber und ihr Spiel aufgehört hatte, fingen die Musikchöre der Oesterreicher und Baiern an, abwechselnd Stücke aufzuführen und sie setzten dies geraume Zeit fort. Allgemein wurden die baierischen Soldaten bedauert, daß sie zum Theil bis 5 Uhr auf dem Friedrichsplatze stehen mußten, und noch nach 6 Uhr habe ich mehrere gesehen, die ihre Quartiere suchten. Es muß eine große Qual gewesen sein, 6—7 Stunden im Freien auf einem mit Eis und Schnee bedeckten Platze zu stehen. Unmöglich kann der Grund darin liegen, daß die Quartierbillets nicht eher fertig geworden. Zwar sind gestern nur 1300 Mann für heute angesagt worden, während die Anzahl der eingerückten Truppen etwa 3000 Mann beträgt; aber sicher hätten die Quartierbillets früher ausgefertigt werden können. Nicht unglaubhaft ist ein anderer Erklärungsgrund für die lange Zögerung in Bezug auf die Einquartirung der baierischen Soldaten. Der General v. Peucker soll nämlich mit dem Grafen Leiningen in Meinungsverschiedenheit gerathen sein, weil er hinsichtlich der militärischen Maßregeln eine Mitwirkung verlangt und darauf bestanden hat, daß nicht mehr als ein Bataillon Baiern hier einquartirt werde. Er scheint zuletzt nachgegeben zu haben, vielleicht, wie Manche sagen, in Folge einer telegr. Weisung von Berlin. Ueber die Rolle, welche der preuß. Kommissar hier spielt, ist niemand in Zweifel. Der Kommandeur der hiesigen Bürgergarde, den der General v. Peucker gestern noch spät Abends hat rufen lassen, um ihm zuzureden, die Waffen freiwillig abzuliefern, hat ihm gerade herausgesagt: **er hielte ihn zwar für einen Ehrenmann, müßte ihn aber sehr bedauern wegen der Rolle, auf die er hier angewiesen sei und in welcher er ja, wie sich zeige, gar Nichts zu sagen habe.** Preußen fängt in der Meinung der Leute hier ganz zu sinken an. Dagegen steigt Oesterreich, weil der Starke natürlich mehr Sympathien erweckt als der Schwache, und selbst von der baierischen Regierung gefällt es, daß sie kühn genug ist, um sich als deutsche Großmacht neben Oesterreich und Preußen zu stellen und das letztere von einem Punkte zum andern zurückzudrängen. Denn es zeigt sich in dieser Kühnheit ein Muth, welcher der preußischen Regierung ganz zu fehlen scheint. (D. A. Z.)

** **Kassel,** 23. Dezember. [Tagesbericht.] Das Ober-App.-Gericht hat eine Eingabe an das Justizministerium gerichtet, worin es dasselbe beschwört, die Unabhängigkeit der Gerichte heilig zu halten und namentlich nicht zu dulden, daß man sie zwingen wolle, der Verordnung vom 28. Septbr. d. J. Folge zu leisten, welche den Gerichten die Cognition derjenigen Fälle entzieht, welche in Folge der gegenwärtigen Zustände bei ihnen zur Verhandlung kommen werden. Bis hierauf Antwort von Wilhelmsbad kommt, werden wohl die Exekutionsmaßregeln ausgesetzt bleiben. Das Obergericht hat sich diesem Schritte angeschlossen, — die gesammte Mannschaft, welche gestern hier eingerückt ist, wurde auch hier einquartiert. — General v. Peucker soll zwar hiergegen Einsprache erhoben haben, allein bis jetzt ist keine Aenderung erfolgt. Man spricht davon, daß noch preußische Truppen, in Folge dieser Mißhelligkeiten, hierher auf dem Marsche seien. — Das in unserem Letzten angeführte Ausschreiben lautet wörtlich:

Ausschreiben des Gesammt-Staatsministeriums vom 18. Dezember 1850, die Bestellung eines anderweiten Kommissars für die obere Leitung des von der deutschen Bundesversammlung angeordneten Vollstreckungsverfahrens in Kurhessen betreffend. — In Folge allerhöchster Entschließung Seiner königl. Hoheit des Kurfürsten wird mit Beziehung auf das Staatsministerial-Ausschreiben vom 28. Oktober d. J. hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß durch Beschluß der Bundesversammlung an die Stelle des in jenem Ausschreiben genannten, jetzt zu andern Geschäften abgerufenen, bisherigen Civilkommissars des k. k. österreichischen wirklichen Geheimeraths Grafen v. Rechberg; nunmehr des k. k. österreich. Feldmarschall-Lieutenant, Graf v. Leiningen-Westerburg, zum Civil-Kommissar für die obere Leitung des von der deutschen Bundesversammlung angeordneten Vollstreckungs-Verfahrens in Kurhessen bestellt worden ist. Wilhelmsbad, am 18. Dezbr. 1850. — Kurfürstliches Gesammt-Staats-Ministerium. Hassenpflug. Volmar. Haynau. Baumbach.

Frankfurt, 21. Dezember. [Die Bundesversammlung] wird sich nicht vertagen und die bei der Bundesversammlung vertretenen Regierungen werden keinen ihrer frankfurter Bevollmächtigten für Dresden designiren, damit der Versammlung durch deren Entfernung von Frankfurt keine Kräfte entzogen werden. Der mit der Berichterstattung der Olmützer Punktation beauftragte Ausschuß ist mit seinem Berichte fertig geworden. Bin ich recht berichtet, so besagt derselbe, daß weder durch die Ordnung der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit im Sinne der Punktation, noch durch die Beschickung der Dresdener Konferenzen dem Bundesrechte präjudicirt werde. Die Herren Kabinetsrath Strauß und v. Holzhausen sind nach Dresden abgereist, allein sonst wird keiner der hiesigen Bevollmächtigten nach Dresden gehen. (D. J.)

△ **München,** 23. Dezbr. Nach der zwischen den Kabinetten von Wien und München getroffenen Uebereinkunft findet der Abzug der Oesterreicher aus Baiern demnächst statt. Ein Theil derselben wird den Rückmarsch über Kaufbeuern antreten und sich in Vorarlberg wieder aufstellen; der andere Theil ist nach Kurhessen bestimmt, um dieses Land nach dem theilweisen Abzug der baierischen Truppen zu occupiren. — Mehrere Bischöfe haben sich wegen der gänzlichen Vernachlässigung der Militärseelsorge an den König gewendet.

Stuttgart, 22. Dezbr. [Verschiedenes.] Seit zwei Tagen befand sich der Großherzog von Hessen in unserer Stadt, einestheils um Besuch an unserem Hofe abzustatten, anderntheils aber, um seine Gemahlin von München zurück hier zu erwarten. Der Großherzog, dem königl. Hofequipagen zur Verfügung standen, empfing sie gestern Nachmittag im Bahnhofe und geleitete sie in sein Absteigquartier, das Hotel Marquardt, von wo sie heute früh über Heilbronn mit der Eisenbahn nach Darmstadt zurückreisten. — In der Entwaffnung unseres Truppenkorps wird, wie in Preußen, Baiern ꝛc., fortgefahren. Nachdem nun die Infanterie wieder ganz auf den Winterfriedensstand reducirt wurde, wird in den nächsten Tagen mit dem Verkauf eines Theils der Trainpferde und der Pferde der Reiterei begonnen, und auch bei diesen Waffengattungen stärkere Beurlaubungen eintreten. (F. J.)

Karlsruhe, 23. Dezbr. Die Kammern sind bis zum 7. Januar 1851 vertagt.

Darmstadt, 23. Dez. [Die ständischen Berathungen] werden sich nicht, wie Viele glauben, durch die Dresdener Konferenzen verzögern, da unser Premier, Hr. v. Dalwigk, wie man hört, alsbald zurückkehren und das Großherzogthum Hessen dann nur von Hrn. Geh.-Rath Hallwachs dort vertreten sein wird. Sicherem Vernehmen nach sollen dem zu Folge die Kammern auf den 15. Januar 1851 zusammenberufen werden.

Wiesbaden, 23. Dezbr. [Verschiedenes.] Seine Hoheit der Herzog sind gestern von Biebrich zu einem Besuche am herzoglich-anhaltischen Hofe nach Dessau abgereist. Für die Dauer dieser Abwesenheit haben Höchstdieselben dem Staats-Ministerium umfassende Spezial-Vollmachten ertheilt, so daß alle Regierungsgeschäfte ihren ununterbrochenen Fortgang haben. Unsere Ständeversammlung ist zwar vertagt, jedoch nur wegen des Weihnachtsfestes, so daß am 7. Januar die landständischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Rußland.

Man schreibt aus Warschau, daß die Aufhebung der Grenzlinie keine einzeln stehende Reform sein werde. Der Administrationsrath arbeitet an einer Gesetzvorlage, die den Adel gänzlich von der Militärpflicht entbinden wird, an neuen Statuten der Landschaft, und vor allem an einem Entwurf einer Pensionirung der Geistlichen nach Einziehung ihrer Ländereien. (C. C.)

Oesterreich.

N. B. **Wien,** 24. Dezbr. [Tagesbericht.] Der ministerielle „österreich. Korrespondent" greift jetzt auch Hrn. v. Blittersdorf an, dessen Artikel täglich neue Wandlungen erfahren, je nachdem der Tag neue Dinge bringt. „Der alte gewiegte Diplomat hat das Gleichgewicht verloren, er ist bald Umsturzmann, indem er die Bundesakte über den Haufen wirft, bald wieder bedingter Anhänger der Bundesakte, indem er heute den Bundestag als Nothnagel bestehen läßt, morgen aber dessen volle Autorität als Central-Organ Deutschlands anerkennt. — Der österreichischen Regierung ist die Ansicht nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen, in den Dresdener Konferenzen bereits die höchste Autorität Deutschlands zu erblicken. Die Punktationen von Olmütz wurden Seitens der österreichischen Regierung dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt und auch die Einladungen zur Dresdener Konferenz erfolgten erst nach vorhergegangener Billigung des Bundestages. — Der Bundestag besteht und wird bestehen, bis die Stunde gekommen ist, wo er sich selbst auflösen wird." — Die „Ostdeutsche Post" hebt heute hervor, daß durch den letzten Erlaß des Finanz-Ministeriums stillschweigend die ungarischen Landesanweisungen als Noten mit Zwang-Cours für alle Kronländer (außer Italien) erklärt werden, was manchen Uebelständen abhilft; durch Ausgabe unverzinslicher Staatsnoten sei § 14 des Bankprivilegiums als erloschen erklärt. — Die Eigenthümer der größten Cigarren-Fabriken in Ungarn, die Herren Fuchs und Medetz sind hier angekommen, um beim Ministerium bittliche Bemerkungen, hinsichtlich des Tabak-Monopols zu unterbreiten. — Als der Violoncell-Virtuos Kossowsky täglich im Pesther National-Theater Konzert gab, machte dieser schwermüthig aussehende Pole einen solchen Eindruck auf das Publikum, daß dieses in ein lautes: „Eljen a lengyen" (es lebe der Pole), ausbrach. Kossowsky bekam Tags darauf die Weisung, im National-Theater nimmer zu spielen. — Auf der Prag-Dresdener Bahn hat bereits die Probefahrt bis Bodenbach, der Tetschen gegenüberliegenden Endstation auf österreichischem Gebiete stattgefunden. — Die hiesige Kommission für die Londoner Industrie-Ausstellung wird unter den dahin zu sendenden Berichterstattern zwei den Wissenschaften Angehörige wählen, nämlich einen für die Chemie und einen für die Mechanik. Man will übrigens nicht so sehr an den schriftlichen Berichten halten, sondern geht von dem Grundsatze aus, daß praktische Männer vom Fache das Gesehene am allerbesten dadurch bekannt machen und weiter verbreiten, wenn sie sich selbst unterrichten und es dann im Heimathlande ausführen. So ist unter die „Berichterstatter" von der Kommission neuerlich auch ein hiesiger geschickter Schuhmacher angenommen worden.

* **Mailand,** 19. Dezember. Nach einer amtlichen Bekanntmachung fließen die Subskriptionen und die Rateneinzahlungen für das lomb.-venet. Anlehen von allen Seiten ein und die Zahl der Unterzeichner betrug bis zum gestrigen Tage 3568 Personen. Die von ihnen unterzeichnete Summe erreicht bereits den Stand von 3,736,740 Lire. Effektiv eingezahlt wurden 2,340,693 Lire, wovon in Gold 23,766, in Silber 1,745,993 und in Tresorscheinen 570,933 Lire, die Centesimi ungerechnet.

Italien.

* **Florenz,** 18. Dezember. Piemontesische Blätter hatten viel über das Zerwürfniß berichtet, welches zwischen dem römischen und dem toskanischen Hofe wegen der Abneigung der lucchesischen Geistlichkeit unter die Civilgesetze von Toskana sich zu fügen, entstanden war. Florentinische Blätter versichern, daß diese Differenz allerdings bestanden habe, aber jetzt schon als behoben zu betrachten sei. Allerdings hatte die toskanische Geistlichkeit Alles aufgeboten, um ihre Privilegien unangetastet zu bewahren, auch seien die Noten, welche von der römischen Regierung dieskfalls erlassen wurden, nicht gerade im entgegenkommenden Tone abgefaßt gewesen. Allein an der Festigkeit des toskanischen Kabinets sei das römische Ansinnen im Wesentlichen gescheitert, die bestehende kirchenrechtliche Gesetzgebung sei aufrecht erhalten worden. Im Angesichte dieser Thatsache erheben die ultrakatholischen Blätter, welche in Toskana erscheinen, z. B. l'Ecco, den Anspruch, daß die leopoldinische Gesetzgebung abgeschafft werde, und verbinden damit die Hoffnung, daß den revolutionären Bestrebungen damit der allerwirksamste Widerstand geboten werden würde.

Schweiz.

Bern, 20. Dezbr. [Agitationen.] Nach mehrfachen Anzeigen agitiren jesuitische Emissäre den Kanton Freiburg. Die Abweisung der Petitionen durch die Bundesversammlung wird zur Aufreizung des Volks benützt. Inzwischen hat derselbe Vorgang die freiburger Regierung ermuthigt, über 100 Betheiligte am vereitelten Putsch vom 4. Oktober vor das Schwurgericht zu stellen, welches nach der neuen Verfassung mit 1851 ins Leben tritt. Frau Weck, Marilley's Aspasia, dürfte dabei die bedeutendste Rolle spielen. Die waadtländer Regierung hält nachbarliches Aufsehen, nachdem die liberalen Freiburger der in Bern keine besondere Sympathie zutrauen. Wie man vernimmt, wird die freiburger Regierung die Weihnachts- und Neujahrs-Feiertage durch ein geeignetes Truppenkorps überwachen lassen. (F. J.)

Gestern fand das große Diner in der Krone statt, welches der Bundesrath dem nordamerikanischen Gesandten zur Feier des abgeschlossenen Freundschaftsvertrages gab. Der von Hrn. Man auf die Eidgenossenschaft ausgebrachte Toast stellte die Bedeutung dieses Bündnisses erst recht heraus. Er versicherte uns in den wärmsten Ausdrücken des stärksten Beistandes von Seite der Vereinigten-Staaten, die, obschon weit entlegen, doch einen langen Arm hätten. Die Herren Druey, Kern, Peyer und Weber (in englischer Sprache) drückten die Sympathien des Schweizervolkes für Amerika aus und brachten dem Gedeihen dieses herrlichen Staates und seiner Freundschaft mit der Schweiz mehrere Trinksprüche dar. (D.-P.-A.-Z.)

Frankreich.

× **Paris,** 23. Dezbr. [Tagesbericht.] Das Ereigniß des heutigen Tages ist, daß die Anleihe von 50 Millionen, welche die finanzielle Welt seit mehrern Tagen auf das Lebhafteste beschäftigt hat, nicht zu Stande gekommen ist. Nur das National-Diskonto-Comtoir hatte sich eingefunden, aber ein so geringes Angebot gemacht, daß die Zuerkennung Seitens des Ministers nicht erfolgt ist. Dieses Resultat ist eine gewisse Niederlage für den Finanz-Minister Herrn Fould, und hat natürlich eine bedeutende Baisse an der Börse hervorgerufen, wo es natürlich sehr überrascht hat, daß Rothschild von dem ganzen Geschäft fern geblieben war. Die Journale des Finanz-Ministers suchten diese Zurückhaltung durch das Familienunglück zu erklären, welches Herrn Rothschild betroffen hätte; allein dieses Motiv erscheint schon deshalb als unzulässig, da Rothschild das Geschäft in Verbindung mit den Häusern Baring und Hottinger negociiren wollte und die Letzteren durch kein Familienunglück zu erscheinen behindert waren.

In den politischen Kreisen beschäftigte man sich heute noch mit dem Votum der National-Versammlung am Sonnabend über die Interpellation Duprats. Man erfährt nun, daß, nachdem die einfache Tagesordnung verworfen worden war, der Minister Baroche die Erklärung gegeben hatte, seine Demission zu nehmen. Diese Erklärung wirkte darauf, daß später das Vertrauensvotum die Majorität erhielt.

Die Angelegenheit mit dem Polizeibeamten der National-Versammlung, dem Herrn Yon, ist noch nicht zu Ende. Minister Baroche verlangte in einem Schreiben an den Präsidenten Dupin die Absetzung jenes Beamten, worauf Herr Dupin sehr lakonisch und ausweichend geantwortet hat. So schwebt denn diese Zwistigkeit noch immer zwischen dem Gouvernement und der Versammlung.

Die Proposition Lefranc kommt in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung. Die Frage über die Anwendung des beschränkten Stimmrechts auf die Präsidentenwahl wird ganz bestimmt zur Sprache gebracht werden. Die Diskussion wird demnach von hohem Interesse sein.

Im Elysee ist man fest entschlossen, daß, wenn die National-Versammlung die Verlängerung der Präsidialgewalt verweigert, an das Volk zu appelliren, und wenn sie von demselben bewilligt wird, sie dann abzulehnen. Das Elysée spekulirt auf ein „wohlwollendes Votum" des Volkes und sodann auf den — Zufall!

Provinzial-Zeitung.

Hirschberg, 22. Dezbr. [Militärisches.] Nachdem gestern bereits gegen 160 Mann Landwehrmänner unseres ersten Aufgebotes aus ihren Cantonnements-Orten, als auf unbestimmte Zeit entlassen, zurückkehrten, erfolgte heute der Einmarsch des Hirschberger Bataillons zweiten Aufgebots, unter dem Kommando des Oberst-Lieutenants Herrn v. Hüllessem. Die Angehörigen der Wehrmänner empfingen dieselben in freudigster Bewegung. Die Wehrmänner selbst verleugneten den Geist nicht einen Augenblick, der sie fortdauernd beseelt. (Bote.)

Schach-Correspondenz.

Breslau. (Weiß.)	Leipzig. (Schwarz.)
1) E 2. E 4.	1) E 7. E 5.
2) G 1. F 3.	2) B 8. C 6.
3) J 1. C 4.	3) G 8. J 6.
4) F 3. G 5.	

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 24. Dezbr.) Der Generallieutenant v. Strantz II. hat dem hiesigen Magistrat so eben ein höchst bemerkenswerthes Geschenk gemacht. Als Friedrich II. im Jahre 1762 die hiesige Porzellan-Manufaktur für den Staat ankaufen ließ, wurden demselben die drei ersten angefertigten Vasen, welche in Form damals moderner sogenannter Potpourris gearbeitet waren, feierlich überreicht. Der König behielt die eine dieser Vasen für sich und ließ sie im Schloß zu Charlottenburg aufstellen, wo sie sich noch befindet. Die zweite wurde zur bleibenden Erinnerung an diese erste Produktion auf königlichen Befehl im Fabrikgebäude aufbewahrt. Die dritte schenkte der König seinem damals in Schlesien dirigirenden Staatsminister Grafen v. Hoym. Nach dem Tode desselben ging die Vase auf dessen Enkeltochter, die Prinzessin Fanny Biron von Curland, nachmaliger Gemalin des jetzigen Generallieutenants v. Strantz, über, und wurde nach ihrem am 25. März vorigen Jahres erfolgten Ableben Eigenthum des überlebenden Ehegatten. Herr v. Strantz hat nun diese gewissermaßen geschichtlich gewordene Vase dem Magistrat mit dem Ersuchen übersandt, dieselbe von ihm als Geschenk anzunehmen, und ihr für immerwährende Zeit einen Platz im Rathhause der hiesigen Haupt- und Residenzstadt anzuweisen. Der Magistrat hat diese erfreuliche Gabe des Herrn Generallieutenant von Strantz mit dem lebhaftesten Dank entgegengenommen, und zugleich beschlossen, die Vase in seinem großen Sessionssaale auf einem geeigneten Platze aufzustellen. (Voss. Z.)

— Der Verwaltungsrath des Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation (in Berlin) hatte schon vor längerer Zeit vor den auch nach Deutschland hinübergreifenden Schwindel-Umtrieben französischer Gesellschaften zu angeblicher Ausbeutung kalifornischen Goldes gewarnt. Diese Verwarnungen und die daran geknüpften Befürchtungen, daß durch jene Schwindelgeschäfte das Publikum arg betrogen werden möchte, haben sich leider im vollsten Maaße bestätigt. Der Unfug hat eine solche Ausdehnung gewonnen, daß endlich selbst die französischen Gerichtshöfe sich gezwungen gesehen haben, dagegen einzuschreiten. Das C. B. hat darüber folgende Mittheilung erhalten:

„Paris, 20. Dezbr. Der Justizpallast ist in großer Bewegung in Folge der zahlreichen gegen Kalifornia-Gesellschaften gerichteten Verfolgungen. Bereits sind zwei strenge Erkenntnisse erlassen worden und 25 Gesellschaften stehen vor Gericht. Die Hauptanklagepunkte beziehen sich nicht nur auf Lügen in den Projekten, sondern auf Vorlegung rein phantastischer Pläne an die Aktienzeichner. Tausende von Auswanderern, die von verschiedenen Gesellschaften abgeschickt sind, verkommen in Chagres im Elende."

Nichtsdestoweniger paradiren noch in den neuesten Zeitungen die riesenhaften Ziffern der 400,000 Franks, die man für einen Franken in der Goldbarren-Lotterie gewinnen könne! — Der Bundesrath der Schweiz hat öffentliche Warnungen gegen diesen Schwindel erlassen.

— (Der russische Kurier.) Der neulich in einem Anfalle von Wahnsinn so wunderbar auf der Eisenbahn von Rotenburg und Bebra entsprungene russische Kurier ist plötzlich und sehr unerwartet wieder zum Vorschein gekommen. Ganz aufgerissen und blutend fand er sich auf dem Bahnhofe zu Bebra ein zum allgemeinen Erstaunen. Er mag sich also acht Tage in dem fürchterlichen Wetter in der Gegend herumgetrieben haben, ohne zugrundezugehen, was sehr zu verwundern ist. (Frkf. J.)

— (Würzburg, 20. Dezbr.) Gestern (Donnerstag) in der Frühe verschied dahier nach kurzem Krankenlager Frau Caroline Junot, Bergraths-Wittwe aus Rudolstadt, Schillers Älteste Tochter. Von einem Besuche aus Würtemberg heimkehrend, gedachte die treffliche, durch seltene Tugenden ausgezeichnete Frau, die kommenden Festtage im Hause ihrer hier lebenden Schwester (Freifrau v. Gleichen) zuzubringen, als sie plötzlich von heftiger Krankheit ergriffen ward, die schnell einen tödlichen Ausgang nahm.

— (Havre, 17. Dez.) Der Sturm, der schon 48 Stunden über unsere Stadt wüthet, nahm gestern Abend so bedeutend an Heftigkeit zu, daß man sich nicht erinnert, einen ähnlichen zu dieser Jahreszeit hier erlebt zu haben. Während des größten Theils des gestrigen Abends folgte Donnerschlag auf Donnerschlag mit betäubendem Rollen; leuchtende Blitzstrahlen durchzuckten jeden Augenblick die Luft, auf den öden Straßen prasselte der Hagel. Etwa um 8 Uhr, als eben das Gewitter am heftigsten tobte, schlug der Blitz zugleich in zwei amerikanische Schiffe, die im Hafen angelegt waren. Einer der Schiffswächter, der eben seine Abendmahlzeit einnahm, fühlte plötzlich einen heftigen Schlag durch den Arm, der ihn augenblicklich lähmte. An mehreren Gebäuden auf dem Hafenquai zerbrachen durch die Erschütterungen der Donnerschläge alle Scheiben. Eine alte Frau, seit vier Jahren krank, gab ihren Geist auf in Folge der Erregung der Nerven, die der Donner verursachte.

— (London, 21. Dez.) Einem gestern veröffentlichen, dem Parlamente eingereichten Berichte zufolge sind während der letzten drei Jahre 130 Schiffe mit Auswanderern nach Neu-Süd-Wales abgesegelt, 4 nach West-Australien, 57 nach Süd-Australien (unter der Benennung Australien versteht man hier nur Neu-Holland, die übrigen Inseln des Welttheils werden unter dem Namen Australasia zusammengefaßt), 2 nach Van-Diemens-Land (hiezu kommen noch 4 nach Neu-Süd-Wales bestimmte Schiffe, welche Familien von Sträflingen nach Van-Diemens-Land brachten), 2 nach Neu-Seeland, 13 nach dem Vorgebirge der guten Hoffnung und nach Natal, 32 nach Afrika und nach West-Indien, 3 nach den Falkland-Inseln und 1 nach Ceylon, im Ganzen 260 Schiffe. Noch vorgestern verließ der „John Line", ein alter Ostindienfahrer von 1000 Tonnen, St. Katharine's Docks, mit mehr als 100, meist nach Natal bestimmten Auswanderern. — General v. Radowitz hat in den ersten Tagen dieser Woche eine Reise durch das Fürstenthum Wales gemacht.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)

Am 19. d. M. entschlief sanft mein geliebter Mann, der Maurermeister Moritz Mirisch. Dieses allen theilnehmenden Freunden zur Nachricht.

Striegau, den 23. Dezember 1850.

Minna Mirisch, geb. Paul.

National-Konzert,
in 4 Löwen, Schmiedebrücke Nr. 17, heute den 27. Dezbr. von der Sängerfamilie **Paul.**

6—8000 Rtl. werden auf ein Rittergut hinter Pfandbriefen A gegen jura cessa gesucht und Pfandbriefe al pari angenommen.
F. H. Meyer, Hummerei 38.

Eingehauenes starkes **Strauchholz,** sowie in Haufen stehet zum Verkauf auf dem Dominium Marschwitz bei Deutsch-Lissa.

Markt-Preise.

Breslau am 27. Dezember 1850.

	feinste	feine	mittl.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	48	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	48	"
Roggen . . .	42	41	39	37	"
Gerste . . .	28	26	25	24	"
Hafer . . .	23	22	21	20	"
Rothe Kleesaat	11½	11	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	11½	10	9	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7½ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Ein unverheiratheter Oekonomie-Beamter, welcher gute Zeugnisse aufzuweisen hat, so wie ein Oekonomie-Eleve finden eine Stelle auf dem Dominium Marschwitz, bei Deutsch-Lissa.

24. u. 25. Dzbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"11,73'''	27"10,20'''	27"8,05'''
Thermometer	— 0,8	— 2,2	+ 1,8
Windrichtung	W	WNW	ONO
Luftkreis	trübe	trübe	heiter

25. u. 26. Dezbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,29'''	27"7,83'''	27"8,35'''
Thermometer	— 0,5	— 1,8	+ 1,2
Windrichtung	NNW	SW	WNW
Luftkreis	heiter	heiter	bedeckt

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.